

„Staatsfeminismus in Ägypten - Perspektiven zur Manifestierung und Implementierung von Geschlechterpolitik oder Instrumentalisierung frauenbewegungsorientierter Anliegen?“

Dissertation (Universität Wien / Betreuerin Eva Kreisky)

von Maisa Khalil

Die Auseinandersetzungen zwischen Frauen und Staat in Ägypten weisen eine lange Geschichte auf, die geprägt ist durch einander abwechselnde Phasen von Kooperation und Konflikten. Frauenbewegungen und ihre Forderungen stellten und stellen dabei ein wesentliches Element in der Formulierung staatlicher Politiken dar. Institutionalisierte Maßnahmen und Regelungen schaffen dabei den Rahmen, Geschlechterpolitiken zu definieren und umzusetzen. Die Intentionen und Zielsetzungen, welche hinter staatlichen Entscheidungen stehen, sind determiniert durch das Ausbalancieren wechselseitiger Machtverhältnisse unterschiedlicher AkteurInnen in Ägypten, seien es Frauen-, politisch motivierte religiöse oder nationalistische Bewegungen oder internationale Faktoren, welche grundlegende Einflüsse auf politischer, sozialer und ökonomischer Ebene ausüben.

Ägyptische Regierungen schafften in spezifischen historischen Perioden politische Zugänge für frauenbewegte Forderungen und distanzierten sich zu anderen Zeitpunkten wieder von eigenen Verbindlichkeiten. Die Gründe für diese oft widersprüchlichen Haltungen ergeben sich aus dem Kontext politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbrüche und den daraus resultierenden Transformationsprozessen. Im Fokus der widerstreitenden Ansprüche verschiedener Hegemonialinstanzen im Rahmen der Konstruktion nationaler Entitäten steht immer auch die Verortung von Frauen in der Gesellschaft, als diskursiver Streitpunkt zur Manifestierung des jeweiligen Erklärungsanspruchs. Positionen und Status ägyptischer Frauen werden hierbei, wie überall auf der Welt auch, determiniert durch das dialektische Verhältnis zwischen sozioökonomischen und kulturellen Konditionen und staatlichen Entwicklungsstrategien einerseits und der Fähigkeit von Frauen als „pressure group“ ihre sozialen und politischen Bedürfnisse durchsetzen zu können andererseits. Die Beschäftigung mit staatlichen Strukturen, Interaktionen und Dynamiken in Ägypten, welche zu einem spezifischen Verständnis von Geschlechterpolitik und ihren Auswirkungen auf weibliche Lebensverhältnisse führen, stehen daher im Mittelpunkt der Analyse. „Staatsfeminismus“ als eine Form der Geschlechterrepräsentativität dient hierbei zur Beschreibung des manifestierten Einflusses frauenbewegter Anliegen. Unterschiedliche Auswirkungen reichen von der Identifizierung ungleichheitsgenerierender Faktoren in allen Politikfeldern über die Umsetzung frauenspezifischer Rechte bis hin zur Etablierung institutionalisierter Maßnahmen, wie bürokratische Einrichtungen oder Quotenregelungen. Ausgehend von einem postkolonialen Ansatz ist die primäre Zielsetzung der Analyse die Darstellung der Institutionen und Felder politischer Aktivitäten in staatlichen Bereichen und die Identifikation sogenannter westlicher Modelle innerhalb dieser Gefüge bzw. entsprechende alternative Formen indigener Politikgestaltung. Es gilt den Grad an westlichen Partizipationsmustern im kolonialen Erbe herauszuarbeiten. Darauf basierend wird der Frage nachgegangen,

wo sich „Staatsfeminismus“ im Spannungsfeld zwischen institutionalisierter Geschlechterpolitik und der Vereinnahmung frauenbewegungsorientierter Anliegen festmachen lässt und welche Ziele mit dieser Strategie verfolgt werden. Staatliche Institutionen selektieren hierbei auf zwei Ebenen – auf der personellen Ebene und im Bereich der Problemwahrnehmung. Am ägyptischen Beispiel lässt sich ein Beziehungsdreieck zwischen Staat bzw. seinem Gefüge und seinen Instrumenten, religiös-motivierten politischen – explizit islamistischen – Bewegungen als ideologische Impulsgeber und Anliegen unterschiedlicher Frauenrealitäten, als Rahmen zur Erklärung geschlechtsspezifischer Repräsentationsmuster und spezifischer Problemwahrnehmungen feststellen. Die Weise der Identifikation der Bedürfnisse und Forderungen ägyptischer Frauen und die Art der Rekrutierung weiblicher Politiker verdeutlichen staatliche Haltungen zu demokratiepolitischen Entwicklungen im Allgemeinen und frauenspezifischen Veränderungen im Besonderen. Machtstrategische Überlegungen, internationaler Einfluss und Auseinandersetzungen mit religiös-motivierten ideologischen Kräften determinieren dabei den Rahmen der Wirksamkeit geschlechterspezifischer Mechanismen. Ausgehend von Implementierungen frauenbewegungsorientierter Forderungen in staatliche Politik, im Rahmen grundlegender Transformationsprozesse in der ägyptischen Geschichte von monarchischen Strukturen hin zur Etablierung eines republikanischen Staates, kulminiert der Verlauf der Analyse in der Identifikation des National Council of Women als staatsfeministische Einrichtung, jener von Suzanne Mubarak geleiteten Organisation, die sich für die öffentlichen Belange der ägyptischen Frauen als zuständig erklärt. Kontinuitäten von Nassers staatsfeministischen Einheitsorganisationen hin zum National Council of Women werden rekonstruiert und politische Brüche in ihrem historischen Kontext dargestellt.

Die Art, wie sich Frauen in Ägypten dabei ihre Räume im öffentlichen Leben des Landes erobern, ist ein Indikator für politische, ideologische und strukturelle Entwicklungen in Ägypten und dient als wegweisend, welche politischen Maßnahmen zukünftig getroffen werden müssen, um gleichheitsgenerierende Partizipations- und Repräsentationsrechte zu gewährleisten.